

„Daher die Forderung von BDS und BVMU an die Bundesregierung: Streichen Sie das Heizungsgesetz, verzichten Sie auf die Erhöhung des Bürgergeldes und streichen Sie die Entwicklungshilfe für Indien, das sich gerade anschickt, eine Rakete zum Mond zu schießen.“

Stammbuch schrieben: „Weltweit verfolgen viele Staaten den Klimaschutz mit geringeren Ambitionen als Deutschland und die EU. In der Folge treffen hiesige Unternehmen auf dem Weltmarkt auf Wettbewerber, die keine oder nur geringe Kosten zur CO₂-Vermeidung zu tragen haben. Damit erhöht sich das Risiko, dass die Produktion in Staaten mit geringerer Klimaregulierung verlagert wird.“

Für Thomas Brüggemann ist die vom Wirtschaftsministerium verfasste „Industriestrategie“ richtungsweisend, die aufgezeigten Probleme bei den politischen Gesprächen zu thematisieren und ganz oben auf die Gesprächsagenda zu setzen.

Steuerverschwendung für „grüne Energie“ in Afrika
Ebenfalls ganz oben auf der Gesprächsagenda steht nach Thomas Brüggemanns Darstellung die Haushaltskrise, in der Deutschland steckt. Dabei habe Deutschland kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem, kritisierte der BDS-Präsident. In einer Zeit, wo das Geld vorne und hinten

nicht reiche, überweise Deutschland 315 Millionen Euro für den Ausbau des Radwegenetzes in Peru, zahle 600 Millionen Euro Entwicklungshilfe an die Supermacht China und wolle 200 Millionen Euro für die Umsetzung der Klimaziele in Kolumbien ausgeben. Weiterhin zahle Deutschland 184 Millionen Euro für die Korruptionsbekämpfung in Serbien, 100 Millionen Euro für eine sozialverträgliche Energiewende in Senegal, 87 Millionen Euro für die flächendeckende Einführung einer Krankenversicherung in Tansania und vier Milliarden Euro für „grüne Energie“ in Afrika. Das sei Steuerverschwendung, so Brüggemanns vernichtendes Urteil. Daher die Forderung von BDS und BVMU an die Bundesregierung: „Streichen Sie das Heizungsgesetz, verzichten Sie auf die Erhöhung des Bürgergeldes und streichen Sie die Entwicklungshilfe für Indien, das sich gerade anschickt, eine Rakete zum Mond zu schießen. Oder besser noch: Treten Sie zurück und ermöglichen Sie durch Neuwahlen einen Neuanfang.“



Julia Klöckner

Hochkarätige Gesprächspartner

Die für den Verband wichtigen mittelstandspolitischen und gesellschaftspolitisch relevanten Themen diskutierten und erläuterten die BDS-/BVMU-Repräsentanten parteiübergreifend mit hochkarätigen Persönlichkeiten aus dem Deutschen Bundestag und legten dabei den Schwerpunkt auf die Politikbereiche Steuern, Wirtschaft, Bürokratie und Energiepolitik.

Gespräch mit Julia Klöckner, MdB

Mit der Wirtschaftspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und früheren Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner wurde über das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfasste Sofortprogramm für Unternehmer und Beschäftigte gesprochen. Hier machten die Verbandsvertreter deutlich, dass der Mittelstand durch verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und durch eine temporäre Turboabschreibung entlastet werden müsse. Weiterhin sollte eine realitätsnähere Ausgestaltung der veralteten Abschreibungstabellen der Finanzverwaltung herbeigeführt werden, um die heute deutlich kürzeren Investitionszyklen zu berücksichtigen. Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war das Thema Bürokratieabbau. Hier forderten die BDS/BVMU-Vertreter eine erhebliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen und eine Verkürzung der Aufbewahrungs- und Meldepflicht. Mit Julia Klöckner sprachen Anita und Joachim Schäfer.

Gespräch mit Gitta Connemann, MdB

Mit der Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung wurde über ein zweistündiger Gedankenaustausch gepflegt. Diskutiert und besprochen wurde

die „Mittelstandsoffensive 2022“ die unter Federführung von Gitta Connemann bearbeitet wurde sowie ein ins Gespräch gebrachtes „Belastungsmoratorium“, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen auf den Prüfstand stellen soll. Das Gespräch mit Gitta Connemann führte Anita Schäfer.

Gespräch mit Wolfgang Kubicki, MdB

Schwerpunkt des Gesprächs, dass Anita und Joachim Schäfer mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki führten, war die Energiepolitik der Ampelregierung – und hier insbesondere die durch Bundeswirtschaftsminister Habeck geplanten Maßnahmen. Seitens des Verbandes wurde deutlich gemacht, dass die Herausforderungen, von denen Deutschland stehe, realistisch zu beurteilen seien und nicht ideologische Fragen zum Maßstab des politischen Handelns gemacht werden dürften. So sei es aus Sicht des Verbandes unverständlich, dass Deutschland aus Amerika teures Fracking-Gas beziehe, aber die heimischen Quellen nicht erschließe, obwohl dies technologisch bereits ohne umweltschädliche Einflüsse möglich sei. Grundsätzliche Zustimmung von Wolfgang Kubicki für die BDS-Argumente: Er plädiere für die Erschließung eigener Gasvorkommen in der Nordsee, in Niedersachsen, in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern, damit Deutschland in den nächsten 30 Jahren komplett unabhängig von allen Gasimporten sei. Zudem warb Kubicki für die Unterstützung seiner Forderungen durch BDS und BVMU, weil er – wie er sagte – mit seiner Meinung auch innerhalb der Ampelkoalition einen schweren Stand habe.



Gitta Connemann



Wolfgang Kubicki